

KOLUMBIEN

DR. IUR. CHRISTIAN STEINER

GINNA RIVERA

„Die Chancen stehen sehr gut“

September 2012

Interview mit Dr. Rosembert Ariza Santamaría

Dr. Rosembert Ariza Sanatamaría, Jurist und Rechtssoziologe, ist derzeit Direktor der Abteilung für öffentliches Recht der Universität Santo Tomás und Mitglied der Lateinamerikanischen Studiengruppe für Rechtspluralismus des Rechtsstaatsprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS): Herr Dr. Ariza, wie beurteilen Sie die von Präsident Santos kürzlich angekündigten Friedensverhandlungen mit den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC)?

Rosembert Ariza (RAS): Der anstehende Friedensprozess weist hochinteressante Perspektiven auf. Er unterscheidet sich von früheren Versuchen, einen Frieden zwischen den Konfliktparteien in Kolumbien auszuhandeln. Zunächst hat das mit der Form zu tun, wie dieser Prozess vorbereitet wurde, denn er wurde auf hohem Niveau und Mithilfe internationaler Experten auf dem Gebiet der Friedensverhandlungen vorbereitet. Auch konnte, nicht zuletzt durch eine Vorverhandlung außerhalb Kolumbiens, die nötige Diskretion im Vorfeld gewährleistet werden. Auf diese Weise ließ sich in der Einigung vom 25. August eine sehr konkrete Vereinbarung erzielen, welche die Interessen des Staates und der Guerilleros berücksichtigt. Mediale Verzerrungen und Polarisierungen in der Phase der Anbahnung konnten auf diese verhindert werden.

Beachtlich ist auch, dass der Friedensprozess mit den FARC unter dem Komman-

danten Cano begonnen hat und trotz seines Todes weitergeführt wurde. Was ich sagen möchte ist, dass im Sekretariat der FARC selbst offenbar die ernsthafte Bereitschaft besteht, das Ende des Konflikts zu verhandeln. Es gibt dieses Mal – im Gegensatz zu früheren Versuchen – auch auf Seiten der FARC augenscheinlich den realen Willen zum Frieden. Natürlich gibt es einzelne Faktionen, die den Verhandlungen ablehnend gegenüberstehen. Aber die Führungsebene sucht einen friedlichen Ausweg aus dem Konflikt.

Drittens: Auf der Regierungsseite gilt entsprechendes. Auch bei den Verhandlungen unter Pastrana gab es einen institutionellen Rückhalt. Dieser ist nun aber noch deutlich stärker. Dies spiegelt sich in der Zusammensetzung der Kommission auf Regierungsseite wider. Hier sind, neben der Regierung selbst, auch andere entscheidende Machtzentren des Landes repräsentiert: die Streitkräfte (die waren bei den Verhandlungen im Caguan unter Pastrana noch ablehnend eingestellt), die Polizei, die Unternehmerschaft und die politische Klasse. Sicherlich sollte es mehr Raum geben für eine zivilgesellschaftliche Teilhabe, aber dies wird Teil der Verhandlungen sein.

Ich nehme darüber hinaus ein politisches Klima war, dass bereit ist für den Frieden. Beide Parteien haben einen Punkt erreicht, den ich in den bisherigen Prozessen nicht gesehen habe. Ich sehe Annäherungen, die reflektieren, dass wichtige Vorbereitungsarbeit geleistet wurde. Es gibt im Land eine große Motivation

KOLUMBIEN

DR. IUR. CHRISTIAN STEINER

September 2012

www.kas.de/rspla

von Schlüsselsektoren, die traditionell zum Frieden geneigt sind, wie beispielsweise die Kirche, Politiker, Juristen und Funktionäre der Exekutive. Außerdem gibt es einen beachtlichen Rückhalt durch die internationale Gemeinschaft. Ihre Unterstützung ist für das Schicksal der Verhandlungen sehr wertvoll. Wichtig wird es sein, die massive Gegnerschaft im extremen rechten Spektrum einzufangen, indem ihre Vertreter mit an den Verhandlungstisch geholt werden.

KAS: Herr Ariza, welche sind ihrer Meinung nach die wichtigsten Herausforderungen und Risiken, die sich im aktuellen Friedensprozess auftun?

RAS: Wie gesagt, der rechte Flügel der Politik stellt eine Herausforderung dar, insbesondere Alvaro Uribe und seine neue Partei "Puro Centro Democrático", die nicht daran glauben, den Konflikt durch Verhandlungen zu beenden. Sie wollen ihn mit militärischen Mitteln lösen. Dies hat mit dem Ziel der Verhandlungen zu tun, die Regionen eng einzubinden und die Rechte der Landbevölkerung zu materialisieren. Das ist auch der erste Punkt der Vereinbarung zwischen der FARC und der Regierung. Dabei handelt es sich nicht um ein ideologisches sondern um ein politisches Hindernis.

Die zweite Herausforderung stellen die Streitkräfte dar. Obwohl sie organisatorisch eine Einheit bilden und den Präsidenten unterstützen, sind sie nicht homogen und es gibt einige konfliktgeneigte Untergruppen, die möglicherweise die Verhandlungen destabilisieren könnten.

Ein weiteres Hindernis könnte Hugo Chavez [Präsident Venezuelas] und die Rolle der unterstützenden Länder sein. Solange Chavez sich vernünftig verhält und diskret bleibt, muss man sich keine Sorgen machen. Andernfalls könnte das die Verhandlungen erschweren.

Ich möchte auch erwähnen, dass die Rolle der Medien wichtig ist, da sie in Versuchung kommen könnten, einen Medienrummel zu veranstalten. Die Medien müssen vernünftig agieren. Und die Re-

gierung muss die Rolle der Medien im Auge behalten ohne die Pressefreiheit zu verletzen. Verzerrungen in der Berichterstattung müssen vermieden und vertrauliche Interna der Verhandlungen dürfen nicht verfrüht preisgegeben werden.

KAS: Glauben Sie, dass die für die Verhandlungen mit den FARC geplante Agenda die wesentlichen Themen des Landes berücksichtigt? Wurden ihrer Meinung nach wichtige Themen außer Acht gelassen?

RAS: Die Agenda nimmt die wichtigen strategischen und strukturellen Themen des Landes auf. Der erste Punkt ist das Thema der Agrarreformen: Ziel ist eine sozial ausgewogene und faire wirtschaftliche Entwicklung.

Meines Erachtens ist auch der Punkt der politischen Beteiligung wichtig. An der demokratischen Öffnung hat es in der Vergangenheit gefehlt. Seit jeher gibt es ein Monopol der Beteiligung der Bürger durch die traditionellen politischen Parteien. Dies wird eines der schwierigsten Themen sein, nach dem erwähnten Punkt der ländlichen Entwicklung. Denn es gibt massive, wenn auch nur vereinzelte heftige Gegnerschaft gegen eine politische Teilhabe der Guerrilleros. Dies ist aber eine zentrale Forderung der FARC. Durch den Zugang zu den politischen Institutionen erstreben sie die Verwirklichung einer wirklichen Demokratie. Eine systematische Unterdrückung politischer Opposition, wie etwa früher im Falle der "Unión Patriótica" soll im Falle der politische Partizipation der Guerrilla, etwa durch die "Marcha Patriótica", vermieden werden.

KAS: Wie in anderen Transitionen wird es auch in Kolumbien darum gehen, einen Ausgleich zu finden zwischen den Opferinteressen auf Wahrheit, Bestrafung der Täter und Entschädigung einerseits und dem Friedensziel andererseits, für dessen Verwirklichung regelmäßig gewisse Gerechtigkeitsansprüche geopfert werden müssen. Wie sehen Sie dieses Spannungsverhältnis im kolumbianischen Kontext?

KOLUMBIEN

DR. IUR. CHRISTIAN STEINER

September 2012

www.kas.de/rspla

RAS: Dass das Thema der Opfer in der Agenda auftaucht, ist vielsagend für die Bedeutung, die den Opfern im Friedensprozess beigemessen wird. Santos hat schon mit der Verabschiedung des Land- und Opfergesetzes zu Beginn des Jahres ein für die FARC wichtiges Signal gegeben. Der FARC-Kommandant Cano hatte Anfang des Jahres erwähnt, dass dieses Gesetz eine reelle Beendigung des Konfliktes ermöglicht.

Schwierigkeiten wird in der Tat bereiten, dass Teile der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung dem überragenden Friedensinteresse weichen müssen. Es wird darum gehen, wenigstens die Mindeststandards zu wahren. Ein Friedensprozess enthält immer auch Elemente der Straflosigkeit, denn ansonsten wird es nicht möglich sein, ihn zu vollenden. Die Frage ist, wer dies befürwortet: der Verhandlungstisch, das Land oder ob es ausschließlich Teil der politischen Vereinbarung sein wird; ich denke es ist letzteres. Am Ende muss der Friede stehen. Dieser ist eine vorrangig eine politische und weniger eine juristische Vereinbarung. Ich denke, dass der rechtliche Rahmen für den Friedensprozess auch Amnestie- und Begnadigungsklauseln erlaubt, auch wenn dies nicht allen gefallen wird.

KAS: Wer soll am Friedensprozess teilnehmen und auf welche Weise?

RAS: Unabhängig davon, wer am Prozess teilnehmen wird, es wichtig, dass dieser nicht für Medienshows und Wiederwahlkampagnen missbraucht wird.

Ich denke, dass der Prozess zu einer grundlegenden Verfassungsreform führen könnte, benannt als Friedensvereinbarung. Deswegen scheint es mir wichtig, dass alle politischen Parteien teilnehmen, eingeschlossen die politische Opposition, denn in der Kommission sind nicht alle vertreten. Ich sehe die Partei der U, die Liberalen und die Konservativen, aber nicht die Grünen, die Demokraten und andere politische Organisationen.

Ausserdem sollten sich andere soziale Gruppen anschließen, zum Beispiel, trotz der Ablehnung einiger, Kolumbianer und Kolumbianerinnen für den Frieden, nicht unbedingt Piedad Córdoba¹, aber ein wichtiges Mitglied der Organisation. Sicherlich sollten auch Akademiker präsent sein, so dass sich die Universitäten in den Prozess integrieren können, denn man muss auch daran denken, was nach dem Friedensschluss kommt! Ebenso spielt die Unternehmerschaft eine wichtige strategische Rolle, denn es sind die Unternehmer, die den entwaffneten Guerrillakämpfern im Zweifel eine legale Überlebensalternative anbieten müssen. Auch religiöse Gruppen sollten vertreten sein, nicht nur die katholische Kirche, sondern ein breiteres Spektrum.

KAS: Was soll die Regierung bezüglich der anderen bewaffneten Gruppen (Ejército de Liberación Nacional ELN - Bandas Criminales BACRIM) tun?

RAS: Die ELN versucht sich in den Friedensprozess zu integrieren; ich glaube, dass Gabino, der Kommandant, wie auch der „COCE“, das zentrale Kommando der ELN ihre Interessen kundgetan haben. Man sollte ernsthaft erwägen, die ELN an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, denn ansonsten bleibt eine aufständische Gruppe bestehen, die FARC-Angehörige selbst im Falle eines erfolgreichen Friedensprozesses an sich ziehen könnte, wenn diese vom Ergebnis enttäuscht sind. Das Verschwinden der FARC könnte so die ELN stärken und den Friedenserfolg in Frage stellen.

KAS: Denken Sie, dass das kolumbianische Justizsystem bereit ist für die Herausforderungen des Friedensprozesses?

¹ Piedad Córdoba ist eine ehemalige Senatorin der Liberalen Partei (1994-2010) und ehemaliges Mitglied des Abgeordnetenhauses. Ihr wurde zweimal 2005 und 2006 das Mandat aufgrund von Untersuchungen ihrer Beziehungen zur FARC-Guerrilla entzogen.

KOLUMBIEN

DR. IUR. CHRISTIAN STEINER

September 2012

www.kas.de/rspla

RAS: Nein, unsere Justiz ist nicht bereit. Schauen wir uns doch nur einmal das vorherige Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“ an. Die erste Verurteilung nach diesem Gesetz hat sechs Jahre in Anspruch genommen. Der Staat muss einen riesigen Aufwand betreiben, um die institutionellen Voraussetzungen zur Umsetzung des Friedens zu schaffen. In der Strafvollstreckung gibt es ebenfalls erhebliche Probleme, insbesondere überfüllte Gefängnisse. Ich habe bei diesem Thema meine Bedenken, denn dies könnte ein großes Hindernis für den Frieden sein. Auch hier brauchen wir die ganze internationale Kooperation auf verschiedenen Ebenen. Im Strafverfolgungssystem müssen Staat und Gesellschaft umdenken, wenn der Friedensprozess nicht scheitern soll.

KAS: Was würde für das Land der Erfolg oder Misserfolg der Friedensverhandlungen bedeuten?

RAS: Wenn Kolumbien es schafft, diese Etappe des Konfliktes zu überwinden, dann wird es eines der Länder mit dem höchsten Lebensstandard in Lateinamerika sein. Kolumbien hat das Potenzial, in Fragen der Infrastruktur und des Lebensstandards in allen Bereichen voranzukommen. Die Wirtschaftswissenschaftler sagen, dass das Land mindestens um zwei zusätzliche Prozentpunkte jährlich wachsen würde. Ebenso gäbe es eine neue Gesellschaft, die nicht mehr vom Krieg geprägt wäre, sondern eine neue Form des Zusammenlebens finden könnte. Dies würde Gewinne auf allen Ebenen mit sich bringen.

Wenn die Verhandlungen scheitern, dann gäbe es die nächsten Verhandlungen wohl erst "in 50.000" Toten. Der Konflikt würde eskalieren und die Schäden wären nicht wiedergutzumachen. Manche pro-

phezeien, dass dies die letzte Gelegenheit sei, um den Frieden zu erreichen. Man darf den Friedensprozess nicht überschätzen; aber es darf auch nicht unterschätzt werden, was bisher geschafft wurde.

KAS: Weshalb wurden die Verhandlungen nicht an die Bedingung eines Waffenstillstandes geknüpft?

RAS: Der vorherige Friedensprozess scheiterte zweimal fast, weil zu Beginn ein Waffenstillstand vereinbart wurde und Teile der Streitkräfte und reaktionäre Kräfte durch Brüche des Waffenstillstandes einen Abbruch der Verhandlungen zu provozieren suchten. Folglich stellte der Waffenstillstand den Prozess in Frage. Dieses Mal war es daher ein kluge strategische Entscheidung, nicht mit einem Waffenstillstand zu beginnen, sondern diesen auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen, wenn die Verhandlungen fortgeschritten und konkrete Voraussetzungen geschaffen sein würden.

KAS: Inwieweit stehen wirtschaftliche Interessen auf beiden Seiten einem Frieden entgegen?

RAS: Dies ist ein komplexes Thema. Zum einen wird es hier darum gehen, dass der Staat ausreichend finanzielle Mittel für die Demobilisierung und Wiedereingliederung der FARC-Rebellen zur Verfügung stellt. Es stellt sich aber die Frage, ob die FARC ihre Mittel beisteuern muss oder nicht, denn jeder weiß, dass die FARC finanzielle Mittel hat. Man kann sich natürlich fragen, ob sich ihre finanziellen Mittel legalisieren lassen oder ob sie eingezogen werden müssen. Das sind schwierige Fragen im Schnittbereich von Politik und öffentlicher Moral.